

Wer ist der Kreditgeber über 1000 Milliarden?

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 20.04.2025

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

1000 Milliarden, das sind 1000 mal 1000 Millionen. Für den normalen Mensch eine kaum vorzustellende Zahl und schon gleich gar nicht den Überblick, was man mit diesem Geld für die Völker der Welt erreichen könnte.

Derweil aber der deutsche Michel, insbesondere seine Kinder und Kindeskinde diesen Betrag irgendwann begleichen müssen, wobei der dazu zu zahlende Zins und Zinseszins wohl eher doch das noch Schwierigere der finanziellen Belastung ist.

Lassen wir uns doch einfach mal den [Zins von Fabian erklären](#), wohlgermerkt der einfache Zins und noch nicht einmal der Zinseszins.

Oh welch eine Freude bei den Bewohnern des Bundesgebietes, über 80% haben bei der letzten Bundestagswahl vom 23.2.2025 teilgenommen. Dabei ist die FDP ausgeschieden, die vorher noch Regierungspartei war und auch das von den Linken abgespaltene BSW hat die 5% Hürde knapp gerissen.

Mein lieber Herr Gesangsverein, was man da nicht alles hört. So z. B., das unmittelbar Gewählte gar nicht in den Bundestag [gelassen wurden](#), weil eine neue Wahlregel in ihrer Willkür noch nicht einmal das Grundgesetz beachten braucht, in dem die Art. 28 & 38 unmittelbare Wahlen vorschreiben, was letztendlich nichts anderes bedeutet, dass nur jene, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, in die Volksvertretung einrücken dürfte. Was bedeutet, dass bei 299 Wahlkreisen 299 Abgeordnete in den Bundestag einziehen würden. Nun hat aber das **GrundGesetzGericht** (3 x G) selbst nennt es sich Bundesverfassungsgericht mit einem neuen Wahlgesetz zum wiederholten Mal selbst gegen das GG verstoßen, in dem es wieder zu Verhältnis-/Listenwahlen kommt, die aber mittelbare Wahlen sind und somit GG widrig. Verstößt also das 3 x G gegen die deutsche Verfassung? Oder war das Wahlgesetz von Anfang an auf Verhältniswahlen mittelbare Wahlen geschaltet? Das [erste Wahlgesetz für die BRD](#) wurde noch vom Parlamentarischen Rat erstellt und wie gewohnt erst nach vielen Änderungen, die durch die Besatzungsmächte vorgeschrieben waren, in Kraft gesetzt.

Die Macher des GG, der Parlamentarische Rat wurde eingesetzt und nicht wie in einer Demokratie/Volksherrschaft vom Volk gewählt und deswegen wurde der Parlamentarische Rat auch nicht als Nationalversammlung bezeichnet. So hieß diese [Körperschaft](#) noch 1919 und damals wurde diese tatsächlich vom Volk gewählt, um eine Verfassung zu schaffen. Es gab einen Entwurf, der dann aber nicht vom Volk, der eigentlichen verfassungsgebenden Gewalt in Kraft gesetzt, sondern vom [fragwürdigen Reichspräsidenten Ebert](#).

Der Souverän zwar nach der sog. Weimarer Verfassung und deren Art. 1 das Volk. Aber wenn der Souverän/Herrscher eine Verfassung nicht in Kraft setzen darf, dann hat diese Verfassung keine Rechtskraft, denn die Verfassung in ihrem Entwurf ist ein Gesellschaftsvertrag und das Inkraftsetzen die Ratifikation ohne die einzelnen Vertragsparteien lässt selbst für den normaldenkenden Mensch einen Vertrag nicht in Kraft treten.

Ein kleines Beispiel. Ein Bauherr schließt einen Vertrag mit einer Bank über einen Kredit. Weil aber der Bauherr finanziell zu schwach auf der Brust ist, werden in den Vertrag vier Nachbarn des Bauherrn benannt, die dort als Vertragspartner mithaftbar für die Abzahlung des Kredits gemacht werden. Der Bauherr setzt den Kreditvertrag mit seiner Unterschrift in Kraft, kann nachdem zwei Baufirmen pleitegegangen sind, den Bau aber nicht finanziell weiterbetreiben, die Bank hat es satt, kündigt den Kredit und will das Geld wieder. Der Bauherr pleite und die Bank nicht faul nimmt die Nachbarn in Haftung. Und was machen die Nachbarn, die dem Vertrag gar nicht zugestimmt, ihn nicht unterschrieben haben?

So sieht es im Kleinen aus und im Großen? Da werden gleichmal 1000 Milliarden an Krediten aufgenommen, von über 80% der Wahlberechtigten, die die Parteien an den Futtertrog gehievt haben, sind inzwischen 60% mit den Christ missbrauchenden und den Sozial beherrschenden Parteien unzufrieden; ca. 18% haben aber nicht an der Wahl teilgenommen und haften trotzdem für die Kredite und noch etwas weiter hineingeschaut in die Kulissen, lässt sich erkennen, dass es keine vom deutschen Volk in Kraft gesetzte Verfassung gibt und noch nicht mal einen Gesellschaftsvertrag.

Was also berechtigt die Parteien des Bundestages 1000 Milliarden an Schulden aufzunehmen?

Nochmal kurz zurück. 1919 eine vom Volk gewählte Nationalversammlung mit dem Gesellschaftsvertrag namens Weimarer Verfassung; der Vertrag aber nicht vom Volk in Kraft gesetzt, sondern vom SPD-ler Leut Ebert.

1949 keine vom deutschen Volk per verfassungsgebenden Kraftakt in Kraft gesetzte Verfassung, obwohl es in der Präambel auch 1949 so hieß, wobei das GG nicht von einer vom Volk gewählten Nationalversammlung erarbeitet wurde, sondern von einem [eingesetzten Parlamentarischen Rat](#) (PR) und zwar auf Vorgabe der drei Westbesatzungsmächte, den [drei Frankfurter Dokumenten](#). Auf Grundlage dieser Dokumente haben Ländervertreter der drei Westzonen auf der Insel Herrenchiemsee ein wenig vorsortiert, um so den von den Parteien ausgewählten Mitgliedern des PR eine besatzungsgerechte Vorschrift für die Selbstverwaltung der drei Westzonen erarbeiten zu lassen. Diese Vorschrift wurde angeblich, weil es keine gesamtdeutsche Verfassung wäre und nur für den Übergang gelten sollte, nicht als Verfassung bezeichnet sondern als GG. Eine sehr vage Meinung des Hauses der Geschichte und ich empfehle nochmal die Aussage von Carlo Schmid. In seiner Rede vor dem Parlamentarischen Rat am 8.9.1948 zeigte er klar auf, warum das GG keine Verfassung wäre, sondern wie er es bezeichnet eine Organisationsform der Modalität einer Fremdherrschaft.

Richtig hingeschaut um begreifen zu können, besatzungsrechtliche Vorgaben der [drei Frankfurter Dokumente](#), die Parteien von den Besatzern zugelassen, die Ausarbeitungen des PR immer wieder den Besatzern zum Abnicken vorgelegt und letztendlich mit dem [Genehmigungsschreiben der die Westbesatzer vom 12.5.1949](#) der PR berechtigt das GG in Kraft zu setzen, lt. Haus der Geschichte.

Tatsächlich aber nach der Vorschrift des noch heute unveränderten Art. 144 GG, dessen Vorschrift auch im Genehmigungsschreiben der drei Westbesatzer zu finden ist und schon damals des Pudels Kern, der nicht stattgefundenen verfassungsgebende Kraftakt des deutschen Volks. Das Haus der Geschichte meint, dass mit Inkraftsetzen des GG am 23.5.1949 die Bundesrepublik entstanden wäre, was aber nicht stimmt, denn deren Geburtsstunde war erst am 7.9.1949 am sog. [Tag 1, ein Militärgesetz](#), das bestimmte, was zu geschehen habe, also der BI-Zone (britische + US Zone) die dritte Zone der französischen Besatzungsmacht in ein gemeinsames Verwaltungsrecht eingetreten ist.

Und was war 1990? Da ging es noch nicht mal um die Vorschrift des Art. 144 GG zwecks Inkraftsetzen, sondern es waren sich gleich die wichtigen Männer einig, wie zu verfahren wäre, um das Cave Canem des ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss zu beachten. Der Hund, das Volk und der könnte bissig sein, also das Stachelhalsband umgelegt. Aus dem bildlichen geholt das Volk mit immer weiter verschärften Ordnungswidrigkeits- und Strafregele zu belegen.

Dieses an die Kette gelegte Volk hat nun zu spüren, auf das 1000 Milliarden Kredite zurückgezahlt werden, ohne dass es jemals einen Vertrag dazu unterschrieben hätte. So werden dann diese aufgezwungenen Schulden zu [abscheulichen Schulden](#). Jedoch gehören immer zwei dazu, einer der zwingt und einer der sich zwingen lässt.

Seit 1990 gibt es eine ehrlich und aufrichtige Opposition gegen dieses Zwingen, die aber das Volk

nicht erreicht, weil sie im Opportunismus verhängen ist, im Aberglauben an eine deutsche Verfassung, die es zwar ohne Frage 1871 gab und damals vom Souverän/Herrscher, den Reichsfürsten auch in Kraft gesetzt. Somit hatte das Deutsche Reich als Bundesstaat sehr wohl den Stand eines Rechtsstaates, denn es war festgeschrieben, was die Herrscher durften oder nicht durften. Inwieweit man diese Festschreibungen übergangen hat, ist dann dahingestellt, also ob das festgeschriebene Recht auch gerecht war. Festschreibungen in Form des Bürgerlichen Gesetzbuches, der dazugehörigen Zivilprozessordnung, des Strafgesetzbuches der dazugehörigen Strafprozessordnung und vielen anderen Festschreibungen. So dann auch die von 1913, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Am 28.11.1918 wurde die Reichsverfassung durch Thronverzicht der Reichsfürsten rechtsungültig, jedoch haben nicht nur das BGB und die anderen Gesetze und Verordnungen als positives Recht die Reichsverfassung überlebt und sind im Laufe der Zeit immer neu angepasst worden. Zwar war das zur Zeit der Hitlerfaschisten und eben leider auch während der Weimarer Republik mit willkürlichen Regeln belastet, die dann aber nicht nur durch die drei Westmächte, sondern auch durch die Sowjetunion in ihrer Gesamtheit als Kontrollrat über die vier Besatzungszonen wieder behoben worden und somit das positive Recht des Deutschen Reichs weiter fort gilt und zwar auf Grundlage des verbindlichen Völkerrechts der Haager Landkriegsordnung, insbesondere deren Art. 43, in dem es heißt: *„Nachdem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“*

Somit war also bis 1990 auf Grundlage völkerrechtlicher Besatzungsvorschriften eine gewisse Rechtmäßigkeit für die Verwaltungen der vier Besatzungszonen vorhanden. Eine gewisse Rechtlichkeit der staatlichen Selbstverwaltung, womit die Regierungen der vier Besatzungszonen als staatsrechtliche Verwaltungen bezeichnet werden können, zu keiner Zeit aber als Staat namens Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Denn nach wie vor ist der einstige Staat namens Deutsches Reich weder mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht vom Mai 1945 noch durch eine angebliche Wiedervereinigung „Deutschlands“ untergegangen, was man letztendlich auch daran erkennen kann, dass das positive Recht des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 bis in das Jahr 1999, neun Jahre nach der vermaledeiten Wende, fortgolten hat und erst dann mit einer willkürlichen Regel wider jeglicher Rechtsstaatlichkeit namens Staatsangehörigkeitsgesetz ersetzt wurde, eine Regel, die noch nicht einmal einen Geltungsbereich besitzt.

Das alle sog. Gesetze der deutschen Verwaltungen seit dem 18.7.1990 willkürliche Regeln sind, liegt daran, dass diese nicht im geringsten dem Rechtsstaatsprinzip genügen, das bekanntlicherweise auf einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage beruht. Eine Verfassung einer Nation/eines Volks, die aus einem Gesellschaftsvertrag mit einem verfassungsgebenden Kraftakt des Volks, sprich Volksentscheid hervorgeht. In dieser Verfassung sind die groben Eckpunkte kurz und knapp festgeschrieben, solche Ausuferungen wie sie im Art. 23 neue Fassung zu finden sind, haben in einer Verfassung nichts zu suchen, denn im Zuge einer Verfassung gibt es nachfolgende Gesetze, die die Vorschriften der Verfassung zur Ausführung ergänzen, worauf sich auf das materielle Recht und das formelle Recht aufbaut. Die Verfassung durch das Volk, der verfassungsgebenden Gewalt geschaffen und in Kraft gesetzt, um mit dieser Verfassung die verfassten Gewalten zu bestimmen. Die verfassten Gewalten wie die Legislative/Volksvertretung, die Exekutive/die ausführende Gewalt wie die Regierung, die Staatsanwaltschaft und die Polizei sowie die Judikative/ die rechtssprechende Gewalt. Somit haben die verfassten Gewalten den unbedingten Nachrang gegenüber der verfassungsgebenden Gewalt, dem Volk. Das bedeutet, dass in einer Volksherrschaft, deren Herrscher das Volk ist, die Verfassung in Kraft zu setzen hat und auch niemand anders als das Volk die Verfassung zu ändern hat bzw. außer Kraft zu setzen.

Oben habe ich bereits darüber geschrieben, dass die Reichsfürsten als Herrscher eine Verfassung in Kraft setzten, sie jedoch mit Thronverzicht der Herrscher die Rechtsgültigkeit verlor, worauf das Volk als neuer Herrscher, somit verfassungsgebende Gewalt eine Nationalversammlung gewählt hat, also eine Volksvertretung, um einen Gesellschaftsvertrag zu erarbeiten. Damit war die Nationalversammlung eine vom Volk verfasste Gewalt, die aber nur eine Vertretung des Herrschers darstellte und ihre Zuständigkeit aus der Verfassung zu schöpfen hat. Nun gut, die Nationalversammlung hat 1919 einen Gesellschaftsvertrag erarbeitet, trotz allem war sie vom Volk gewählt eine Körperschaft und zwar eine öffentliche und dazu rechtliche.

Was war aber mit der Weimarer Verfassung (WV), die nicht vom Volk in Kraft gesetzt wurde, sondern vom fragwürdigen Reichspräsidenten Ebert? Die Stellung des Reichspräsidenten war in der WV festgeschrieben und wäre somit eine verfasste Gewalt, wäre, wenn denn die WV vom Herrscher in Kraft gesetzt worden wäre, was jedoch nicht geschah, somit die Position des Reichspräsidenten aus der WV zu keiner Zeit eine verfasste Gewalt war. Da war es auch egal, ob Ebert irgendwann vom Volk gewählt worden wäre, wie es als Vorschrift in der WV stand, da das Volk die WV nicht in Kraft gesetzt hat, somit auch alle nachfolgenden Wahlen auf Grundlage der WV juristisch null und nichtig gewesen sind, jedoch de facto dazu genutzt wurden, das Volk zu beherrschen.

Diese Erklärung musste noch einmal sein, um herauszuarbeiten, wann eine öffentliche Körperschaft auch eine rechtliche wird. Körperschaften des öffentlichen Rechts wie sie in der WV festgeschrieben wurden und das in bezug auf die Katholische und protestantische Kirche, die WV jedoch rechtlich nicht in Kraft getreten, dafür dann aber mit fünf Artikeln auch über Art. 140 im Grundgesetz Eingang gefunden. Das GG wiederum zu keiner Zeit vom Volk in Kraft gesetzt, nur von Parteien geändert und eine weitere vermeintliche Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form des Zentralrats der Juden hinzugekommen. Ebenfalls nennen sich die öffentlichen Rundfunksender rechtlich, obwohl diese zu keiner Zeit einen Staatsvertrag nachgewiesen haben, auf den sie sich berufen, denn man kann keinen Vertrag mit einem Staat abschließen, der mangels Organisation (fehlende Verfassung) handlungsunfähig ist. Die Handlungsfähigkeit des Staates hat das Grundgesetzgericht 1973 mit seiner Entscheidung 2 BvF1/73 festgestellt. Das 3 x G war zu dieser Zeit eine verfasste Gewalt, zwar nicht vom Volk verfasst aber dennoch auf Grund des Besatzungsrechts der drei Westmächte, das grundhaft auf der HLKO beruhte.

1990 aber haben diese drei Westmächte mit Art. 23 alter Fassung den Geltungsbereich des Grundgesetzes aufgehoben, was sich über deren Vorbehaltsrechte aus dem Genehmigungsschreiben zum GG vom 12.5.1949 ergab. Seitdem beruht die Herrschaft einzig und allein auf dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin, das einen Großteil des Pakets der Pariser Verträge wie z. B. den Deutschland- und Überleitungsvertrag festschreibt.

Das deutsche Volk ist noch zu keiner Zeit Souverän/Herrscher seines eigenen Ichs gewesen. Es unterliegt nur der aufdiktierten Offensichtlichkeit, die der sog. tiefe Staat (Deep State) den Völkern der Welt aufbürden will.

Gorbatschow hat in der Sowjetunion die große Wende eingeleitet, jedoch war das ganze Land inzwischen so krank, dass die selbsternannten Herren der Welt mit ihrer Kraft, der Macht über das Geld, das gesamte Russland vom Westen, sprich der Curzon Linie bis nach Wladiwostok, sprich an den Pazifik in ihre Krallen bekommen konnten. Krank, weil vor allem der CIA sich bereits tief in die Hirne korrupter Parteinicks eingegraben hatte und diese Korrupten sich mit Hilfe des Westens auf Kosten der Menschen zu Oligarchen entwickeln konnten. Nicht zu verwechseln Oligarchen mit Plutokraten, denn die letzteren stehen über den ersteren und wieder durch die Macht des Geldes. War es da eine Frage, wenn man die Sowjetunion so in den Griff bekommen hatte, nicht auch noch den Rest des deutschen Staates in den selbigen zu bekommen? Der Rest des deutschen Staates aufgrund der Gebietsverluste zwecks der beiden Weltkriege in seinem Bestand der vier Besatzungszonen. Bestand, da zwar wiederum nicht vom deutschen Volk dieser Gebietsverlust

beschlossen wurde, sondern jeweils von den Siegermächten der beiden Weltkriege, jedoch aber durch das fortgebildete verbindliche Völkerrecht dieser sehr geringe Gebietsstand in seinen vier Besatzungszonen festgezurr ist bis allerhöchstens nach dem fortgebildeten Völkerrecht ein Volksentscheid zustande kommt, der abgetrennte Gebiete wieder anschließt. Das ist aber in der Zukunft schwer zu erwarten. Zum ersten, weil das deutsche Volk noch nicht einmal kapiert hat, dass es keinen verfassungsgebenden Kraftakt gestemmt hat und zum zweiten, weil die Völker, die inzwischen auf den abgetrennten Gebieten leben, schwerlich an ein inzwischen so geistbefreites Gebiet angegliedert werden wollen würden.

Und wieder bleibt hier der Fakt, dass das deutsche Volk den Hebel in den Händen hält mit dem man von Krieg auf Frieden stellt, aber ohne entsprechende Geisteskraft nicht in der Lage ist, diesen Hebel auf Frieden zu legen. Ganz im Gegensatz zum russischen Volk, das durch Putin und den **Seinen** wieder zu Russen gemacht wurde, sprich den Menschen geholfen wurde die selbstbewusste Eigenverantwortung wieder aufzunehmen.

Der Ausspruch Putin und die Seinen zeigt klar auf, dass nicht Putin allein in der Lage war die Sache zu stemmen, sondern eine weitere große Menge vernunftbegabte Menschen dazu notwendig waren die Russen wieder zu Russen zu machen.

Einer der Seinen, der heute inzwischen Dienstälteste Außenminister der Welt Herr Sergej Wiktorowitsch Lawrow.

Herr Lawrow ein Mensch, der mit seiner vernunftbegabten Weise tatsächlich in der Lage ist die gesamte Klaviatur der Diplomatie zu beherrschen und nicht wie das [deutsche Baerbock](#) nur davon schwafelt, dabei aber noch nicht einmal den Flohwalzer der Diplomatie zu können.

Dieser russische Außenminister hatte am 11.3.2025 ein Treffen mit einer OSZE (*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*)-Delegation unter Führung des Generalsekretärs Herrn Feridun Sinirlioglu in Moskau. Bei [russland.news](#) ist dazu eine KI Übersetzung zur Ansprache an den Generalsekretär Herrn Sinirlioglu und zwei weitere, in denen Herr Lawrow Fragen zur Sache der Beziehung OSZE zur Russischen Föderation beantwortet.

Ich möchte hier gleich noch einmal feststellen, dass das Volk der Russischen Föderation diese inzwischen wieder liebevoll Russland nennt, ganz im Gegensatz zum deutschen Michel, der aufdiktiert bekommt, wie der Restkörper des deutschen Staates heißen solle.

In der Ansprache an Herrn Sinirlioglu zeigt Herr Lawrow klar auf, dass die russische Führung in den letzten Jahren immer wieder mit Ausreden gegenübergestellt war, warum die OSZE sich nicht mit der russischen Führung zusammengesetzt hat, um die leidigen Probleme des Konflikts im russischen Grenzland zu besprechen.

Dazu ins Wiki geschaut, wer denn so vor Herrn Sinirlioglu die Generalsekretäre waren. Da war doch von 1993-1996 ein Herr Höynck aus „Deutschland“. Dazu muss man wissen, dass die OSZE aus der KSZE (*Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*) hervorging und erst im Jahr 1995 umbenannt wurde. Meister Höynck als Generalsekretär der noch KSZE war um dann noch OSZE Chef zu sein. 57 Mitglieder hat die OSZE und siehe da im Jahr 2021 war schon wieder ein deutscher Chef namens Schmid und genau das Leut Schmid war es, das von Baerbock mit Hilfe von Blinken von der zukünftigen Chefstelle der UN Generalversammlung weggebissen wurde, wobei noch nicht klar ist, ob diese Generalversammlung tatsächlich wieder einen Deutschen und noch dazu Baerbock an die Spitze holt. Es ist ersichtlich, dass Schmid als 7. Chef der OSZE „Deutschland“ überproportional vertreten hat. Wie kann es sein, dass eine

Organisation, die für Zusammenarbeit zwecks Frieden und Sicherheit gerade Deutsche sooft zur Führung kommen? Schauen wir doch noch einmal zurück, die KSZE mit ihrer Schlussakte von 1975 war während des Kalten Kriegs trotz der starken politischen Gegensätze seiner Mitglieder eine Organisation, die zwar teilweise auf Messers Schneide den Frieden gesichert hat. **1975?** Ach ja, zwei Jahre davor 1973 das Jahr des [Grundlagenvertrags](#), mit dem die BRD und die DDR wohlgemerkt nicht als Staaten, sondern als staatsrechtliche Verwaltungen zu Mitgliedern der Vereinten Nationen wurden. Das wiederum gegen die Bestimmung des Art. 2 der UN Charta verstößt, die souveräne Staaten als Mitglieder der UN vorschreibt. Beachtlich dazu der Art. 53, 73 und 107 der Feindstaatenklauseln, die jene Staaten bezeichnen, die noch keinen Friedensvertrag zwecks des WK2 mit den Vereinten Nationen haben, also der deutsche Staat. Somit konnten diese beiden staatsrechtlichen Verwaltungen nicht nach Vorschrift der [Geschäftsordnung der Generalversammlung](#) Absatz XIV, Regel 136, die eine Zweidrittelmehrheit bei einer Abstimmung zur Aufnahme eines neuen Mitglieds vorschreibt, in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Da aber der Sicherheitsrat, wohlgemerkt 1973, dies empfohlen hatte, gab es deswegen keine Abstimmung, sondern ein Aufnahmehandlung, das mit [Applaus abgelegt](#) wurde. Wer kann aber Applaus einordnen, ob nun die Aufnahme eine überwiegende Zustimmung hatte oder nicht? Es war schon damals der Macht des Geldes möglich die vier Besatzungszonen in die Vereinten Nationen aufzunehmen und pflanzte damit einen Stachel in diese Organisation. Einen Stachel, der noch heute diese geschlagene Wunde nicht heilen lässt.

Schauen wir zurück auf die Schlussakte von Helsinki. Diese wurde 1990 durch die Pariser Charta ersetzt, deren Grundlage wiederum der sog. 2+4 Vertrag, die [„Abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“](#) sein sollte. Sein sollte, weil von vornherein von den wichtigen Männern geplant war, dass dieser Vertrag rechtlich niemals in Kraft treten konnte. So führte ich erst im letzten [Sonntagswort vom 6.4.2025](#) zum zügsten Mal darüber aus:

„Schauen wir doch einmal bei [Herrn Warweg in den Artikel](#), wo er von 2+4 schreibt und sich auf Art. 2 des 2+4 bezieht.

*Gehen wir aber zuerst noch einmal meinen Weg in den [2+4](#), wo im Art. 1 steht, dass das **vereinte Deutschland sein wird**. Wann dieses sein wird erfährt man dann in Art. 8, wo geschrieben steht, dass das **vereinte** Deutschland den 2+4 zu ratifizieren hat. Mit dem Sprung weiter in den Art. 9, in dem man erfährt, wann der 2+4 tatsächlich in Kraft tritt, nämlich nach der letzten Ratifikation. Das **vereinte** Deutschland aber entsteht erst nach der letzten Ratifikation. Wie also kann ein noch nicht entstandenes vereintes Deutschland den 2+4 ratifizieren, wenn dieser doch erst in Kraft treten könnte, wenn das vereinte Deutschland entstanden wäre, weil es genau dieses bräuchte, um zu ratifizieren. So müssten normalerweise, was aber nicht im Text vom 2+4 enthalten ist, die Alt-BRiD und die DDR den 2+4 ratifizieren, um dann mit der letzten Ratifikation ein vereintes Deutschland entstehen lassen zu können. Die letzte Ratifikation war aber durch die Sowjetunion am 15.3.1991. Auch damit ist bewiesen, dass **kein vereintes** Deutschland am 3.10.1990 entstanden ist!*

Den Abschnitt, den ich hier gerade abgesehen habe, nochmal mehrmals in Ruhe durchlesen und dabei nach Möglichkeit den 2+4 komplett aufgeschlagen vor sich liegen haben, um beim Studium nicht in eine Falle zu treten, die der rotzige Querulant Opelt evtl. aufgestellt hat.

Das geschafft und vielleicht verstanden, dass tatsächlich erst die Alt-BRiD und die DDR hätten ratifizieren müssen, wird dann der Wortlaut von Art. 2 des 2+4, den Herr Warweg in seinem Artikel als Zitat stehen hat, vielleicht sogar verständlicher, dass meine Meinung zwecks der Ratifizierung der Alt BRiD und der DDR richtig ist. So steht im Art. 2 des 2+4:

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“

Ach, ich Dummerle, wäre ich beinahe darüber gestolpert ohne es zu merken. Im Art. 2 steht ja auch, dass es eine Verfassung bräuchte und es steht nichts von einem Grundgesetz und schon gleich

gar nicht von einem Rechtsungültigen.“

Herr Lawrow lässt verlauten, dass der letzte Besuch eines Generalsekretärs der OSZE im Juni 2021 stattgefunden hat und zwar durch den deutschen Chef Schmid. Ein ehemaliger Chef der OSZE der aus Polen kam Mitte Februar 2022 noch einmal nach Moskau. Damit war es aber vorbei bis nun der neue Generalsekretär aus der Türkei Herr Sinirlioglu für die OSZE mit einer Delegation zu Gesprächen nach Russland kam. Gespräche, die wichtig für den Frieden und die Sicherheit sind, denn ein jedes Mitglied der OSZE ist mit dem gleichen Recht auf seine Sicherheit ausgestattet, wenn man die Grundsätze der OSZE aus der KSZE heraus bis hinüber zur Organisation der Vereinten Nationen betrachtet. Wenn aber einige Staaten, die sich unter die Fuchtel der Macht des Geldes stellen, zumindest deren Regierungen, dann ist eine ungeteilte Teilhabe an Frieden und Sicherheit nicht mehr gewährleistet.

So kommt dann Herr Lawrow in seinen Antworten auf Fragen dazu zu sprechen, dass Herr Sinirlioglu in seinen Aufgaben, die er zu bewältigen hat, nicht zu beneiden ist, denn der sog. Westen hat sich selbst verboten durch Gespräche mit Russland für Frieden und Sicherheit zu sorgen, da dem sog. Westen durch die Macht des Geldes aufgetragen ist, **allein** für Frieden und Sicherheit der selbsternannten Herren der Welt zu sorgen, der Frieden eines Friedhofs und die Sicherheit, dass die Macht des Geldes den selbsternannten Herren der Welt niemals aus der Hand genommen werde.

Wie konnte das geschehen? Also nochmals zurück. Die Schlussakte von Helsinki von 1975 und die Grundlage der Pariser Charta von 1990, die Grundlage der niemals nicht rechtlich nicht in Kraft treten könnende 2+4 Vertrag, was bewirkte, dass auch die Pariser Charta rechtlich nicht in Kraft treten konnte und es somit den selbsternannten Herren der Welt gegeben war, zu Tun und zu Lassen, was sie wollten. Na ja, denn es gab noch zwei Störfaktoren, wie ich das immer wieder betone, die Volksrepublik China und die Republik Kuba und dann oh Gott oder aus Sicht der Herren, oh Satan, die Präsidentschaft des Herrn Putin in der Russischen Föderation. Das brachte dann den fast 3000 Jahre alten Plan, der von Leviten erdacht, von Pharisäern niedergeschrieben, von Talmudisten gepredigt und von den Zionisten immer wieder neu ausgerichtet wird, mächtig ins Schwanken. Umso mehr der russische Präsident im Jahr 2001 seine klaren Vorstellungen für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem sog. Westen vor dem deutschen Bundestag vortrug und diese mit stehendem Applaus belohnt bekam. Aber was ist Applaus wert, wenn man im Nachhinein von den Applaudierenden in die Hacken getreten bekommt? So war dann der russische Präsident im Jahr 2007 klar mit seinen Worten vor der Münchner Sicherheitskonferenz, um aufzuzeigen, dass was ablief, nicht für einen ungeteilten Frieden und Sicherheit hilfreich war.

Was aber hat das den Westen interessiert, der das gesamte Russland wieder in seine Krallen holen will?

Grundlage dafür ist die Zergliederung des russischen Staates/des russischen Zarenreichs, die führend durch Lenin und damit Stalin mit der Einführung der Sowjetrepubliken. Stalins weiteres Betreiben, dass die sog. ukrainische- und weißrussische Sowjetrepubliken 1945 als einzelne Mitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden, obwohl sie Teile der Sowjetunion waren und deshalb der Westen einen sehr guten Angriffspunkt für seine Erhaltung der Macht hat.

Oh ja, der Westen, wer ist dieser? Immer wieder von mir gesagt, all jene Staaten, die sich über die Nato unter die Fuchtel der selbsternannten Herren der Welt stellen lassen. Die selbsternannten Herren, die heimatlosen Zionisten in oberster Liga organisiert im Komitee der 300, das wiederum von den Rothschild- & Rockefeller Clans beherrscht wird.

Herr Lawrow zeigt auf, dass der russische Präsident Putin wiederholt seine Bereitschaft zu Verhandlungen zeigt. Hier noch einmal darauf hingewiesen, Putin ist der Präsident der Russischen Föderation, der von diesem Volk unmittelbar gewählt wurde. Da diese Wahl nicht zum ersten Mal geschah, ergibt sich daraus, dass nicht Putin verhandelt, sondern das russische Volk, den mit der unmittelbaren Wahl ist aufgezeigt, dass die Handlungen Putins dem Willen des russischen Volks entsprechen, zumindest dessen Mehrheit.

Die Prinzipien, auf die sich Frieden und Sicherheit aufbauen, dürfen nicht ignoriert werden.

Diese Prinzipien sind das verbindliche Völkerrecht auf Grundlage der UN-Charta. Und genau diese Prinzipien braucht es um die Krise im russischen Grenzland zu beenden. Das bedeutet u. a., dass jeglicher faschistische Umtrieb zu beenden ist.

Hier beginnt meine Kritik zwecks des Begriff Nazi/Nazismus. Wie bekommt man aus der Kurzform Nazi den Begriff Nationalsozialismus herausgesogen, wenn doch dies aus dem Begriff Nationalzionisten viel besser klappen würde. Es waren nun einmal keine Nationalsozialisten, die sich unter Hitler zusammenrotteten, sondern sie waren klipp und klar Faschisten. Hier wiederum nochmals Bernt Engelmann in den Ring geholt, der in seinem Buch „[Einig gegen Recht und Freiheit](#)“ auf Seite 358/359 klar aufzeigt: *„Ohne Betriebsrat, ohne Gewerkschaften, ohne Tarif- und Streikrecht und mit ihnen genehmen »Treuhändern der Arbeit« wären die Unternehmer nunmehr mit einer Autorität ausgestattet, wie sie sie noch niemals seit den Tagen des Frühkapitalismus gehabt hätten. Und alles dies verdankten sie dem »Führer« Adolf Hitler.“*

Im Weiteren zeigt Herr Engelmann über die Parteiprogrammpunkte auf, was dem deutschen Volk für ein mächtiger Schleier der Maya vor Augen gezogen wurde.

So hat Russland vertreten durch dessen Präsidenten Putin seit Anfang an darauf gedrungen auf Grundlage des verbindlichen Völkerrechts zu arbeiten. Begonnen mit seiner Ansprache vor dem Bundestag 2001, weiter zu seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 bis hin in das Jahr [2024 mit seiner Rede vor dem russischen Außenministerium](#).

Es sind also drei Höhepunkte zwischen denen aber eine langjährige Arbeit liegt, mit der Putin tagtäglich für ein ungeteiltes Recht aller eingetreten ist. Schaut man auf die Versammlungen der OSZE 1999 in Istanbul und 2010 in Astana war damals noch die Sprache davon, dass einem Jeden die Sicherheit gewährleistet werden sollte, was aber danach immer mehr zur Phrase wurde und zum Jahreswechsel 2013/14 ein verkappter Putsch durch den Westen in Kiew angetrieben wurde. Seitdem herrscht faschistisches Chaos über das Kiewer Regime, obwohl sich deren derzeitiger Chef, der Spaßmacher des Schreckens (Selenski) als Juden bezeichnet. Welch eine Glaubwürdigkeit stellt sich allein von diesem Sichtpunkt aus für diesen Regimechef dar? Wenn man dann noch hintergründet, wie dieser in der Welt umherziehende Gauner vom Westen unterstützt wurde und wird, dann fällt jegliche Glaubwürdigkeit wie ein Kartenhaus, das auf Treibsand steht, zusammen. Der Treibsand der Nato-Osterweiterung, die Clinton bereits im Jahr 1994 [klar angewiesen](#) hatte, wie ich es im [Sonntagswort vom 6.4.2025 aufzeigte](#). Die Nato Osterweiterung im Jahr 1999 über Polen, Tschechien und Ungarn um dann 2004 mit der weiteren Erweiterung mit den drei Balten, Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien an die unmittelbaren Grenzen der Russischen Föderation heranzurücken. So war von den US Imperialisten auch geplant das russische Grenzland in die Nato zu holen. Selbst Weißrussland konnte noch im letzten Augenblick [von der Schippe](#) Satans springen und ist deswegen genauso, zumindest vom Westen aus gesehen, ein von einem zu verachtenden Regime geführten Land, genau wie die Russische Föderation.

Was hat es genutzt, wenn Putin Mitte Februar 2025 mit Trumpi gesprochen hat? Es gab Kontakte danach und es wurde ein Waffenstillstand zumindest zwecks Angriffs auf Energie Infrastruktur

beschlossen. Energie Infrastruktur, die einerseits zivil und andererseits für Kriegszwecke (Rüstungsbetriebe u.a.) genutzt wird. Gegen jegliche militärische Nutzung darf also ausgenommen von diesem Teilwaffenstillstand vorgegangen werden. Und was macht Kiew? Sie greifen [Gaspumpstationen und vieles andere mehr an](#), um den Export von russischen Rohstoffen in die Türkei und darüber hinaus bis nach Westeuropa/Österreich zu unterbrechen. So offen wird das aber im Mainstream nicht dargestellt, sondern die „guten“ des Kiewer Regimes wehren sich ja bloß und die „bösen“ Russen sind die Angreifer. Wer hat aber nicht nur russische, sondern auch jüdische, polnische, ungarische, rumänische und bulgarische stämmige Zivilisten angegriffen? Es war doch das Kiewer Regime und deren faschistische Soldateska. Und wenn sich die Russen dagegen wehren, stehen sie in einem Verteidigungskampf und niemals nicht betreiben sie einen Angriffskrieg, umso mehr, um es nochmals zu betonen, das russische Volk in der Kiewer Rus entstand als sich ca. im 5. Jahrhundert Slawen mit Wikingern mischten und drei Brüder und eine Schwester Dörfer gründeten, aus denen sich die Stadt Kiew entwickelte und sich im 9. Jahrhundert die Kiewer RUS bildete.

Inzwischen hört man immer wieder von Verhandlungen zwischen Russen und US Amerikanern zwecks Friedens im russischen Grenzland. Warum verhandeln die US Amerikaner? Doch mal einen kleinen Blick in die Geschichte zurück. Es war 2011 als der USI eine vom UN Sicherheitsrat beschlossenen Flugverbotszone über Libyen [missbrauchte](#), um selbst zu bombardieren und zwar den bösen Gaddafi, der die libyschen [Ölmilliarden](#) nicht an den USI ablieferte, sondern [für sein Volk und andere afrikanische Völker ausgab](#).

2001 war es schon als mit einem verdeckten Terroranschlag des USI [drei Türme des WTC in Schutt und Asche gelegt](#) wurden, daraus aber die Berechtigung gezogen wurde in Afghanistan einzufallen, wo man auf einmal seitens der Trumpi Regierung den [Abzug](#) des US Militärs entschied, was ein riesiges Chaos hinterließ und das Land noch heute mit [Sanktionen belastet](#) wird, das die Würde des Menschen mit Nagelstiefeln getreten wird.

Vor Afghanistan war es dem USI schon angetan im Irak einzufallen, wo sie sich den Saddam geschaffen hatten, der dann aber [zu böse wurde](#), sprich sich nicht mehr dem USI unterwerfen wollte, und deswegen an den Galgen gehörte wie einst jene des Hitlerregimes in Nürnberg an den Galgen kamen, andere aber wie Globke, Gehlen, Hallstein, Abs bis zu Erhard, die sich dem neuen Herrn unterwarfen, dienten diese mit Persilschein reingewaschen, um später mit dem Kollaborateurschutz aus Art. 8 des Überleitungsvertrags belegt zu werden.

Man schaue auf die Diktaturen von den [Philippinen](#), [Indonesien](#) und [Nicaragua](#), die nach dem sie in ihren Heimatländern für den USI Chaos geschaffen hatten, vom ihrem Volk vertrieben, beim USI Unterschlupf fanden. Was wird der USI nun mit seinen Verhandlungen zwecks des russischen Grenzlandes erreichen wollen?

Ein Blick nochmals nach hinten gerichtet. In Libyen hat der USI die Bombardierung an den [Franzosen übergeben](#), dessen Sarkozy Frankreich wieder [aktiv in die Nato holte](#).

Aus Afghanistan zog man sich zurück, weil in Kiew der Umsturz geplant war. Alles um Kraft für den nächsten Schritt zu sparen. So hat man auch in Syrien die Leute des „guten“ IS gegen die Assad Regierung freigelassen, um die Russen in die Enge treiben zu können. Und nun die Bemühungen des USI für Frieden im russischen Grenzland? Natürlich für Frieden und Sicherheit der selbsternannten Herren der Welt wie oben geschrieben, um wieder Kraft sparen zu können, da der USI sich gegen den nächsten Erzfeind richtet, gegen die Volksrepublik China. Denn es kann nicht sein, dass solche Staaten wie Russland und China den Rest der Welt dazu bringen, die UN Charta und das darauf aufgebaute Völkerrecht tatsächlich durchzusetzen, um damit die Macht der selbsternannten Herren der Welt zu zerstören.

Wer berichtet darüber? Es sind Journalisten, deren heilige/unverletzliche Aufgabe es ist wahrheitlich und neutral über die Vorgänge zu berichten. Aber ein wahrhafter Journalist ist im

Kriegsgebiet eines der wichtigsten Ziele der Verteidiger der Macht des Geldes. Es gibt unter dem Dach der Vereinten Nationen Organisationen, die darüber berichten, was Journalisten in Kriegsgebieten geschieht. Eine davon ist die UNESCO. Der russische Außenminister Herr **Sergei Wiktorowitsch** Lawrow weist in einer Antwort darauf hin, dass die Vertreter der OSZE sich ein schlechtes Beispiel am Generaldirektor der UNESCO Leut Azouley genommen haben, der jeglichen Bericht was russischen Journalisten im Kiewer Kampfgebiet geschah außenvor ließ.

Jetzt hat die OSZE aber ein Problem mit ihrem Haushalt, sprich Finanzen. Und ein Fragender an Lawrow berichtet, dass die Verantwortung dafür Russland zugeschoben wurde, Lawrow antwortet, dass ein Haushaltsdokument, das pragmatisch auf die Politik des Westens ausgerichtet ist, eben nicht einen Haushaltsdokument gleicht, was auf die Politik aller Teilnehmerstaaten der UNESCO ausgerichtet ist, was in meine Worte heruntergeholt heißt, dass ich dem anderen nicht den Baseballschläger bezahle, mit dem er mir meine Knie zerschlagen will. Und dann eine Aussage von Lawrow, die meiner Seele Balsam gibt: „*Ich weiß nicht, woran der Westen glaubt? Wahrscheinlich an Niemanden mehr außer Satan.*“

Der Westen tue alles, dass die Übereinstimmung zwischen den Völkern der Welt zerstört wird. Eine Aussage, der ich beipflichte und es dem deutschen Michel antrage sein Gewissen der Wahrheit zu verpflichten, um endlich zu kapieren, dass er seine Pflichten erfüllen muss, die ihm seine Rechte aufgeben und nicht die Pflichten, die ihm von den selbsternannten Herren der Welt aufdiktiert werden.

Aufdiktierte Pflichten, die viele Führer der Welt erfüllen, um dem USI die Macht über das Geld zu erhalten. Erfüllen, weil sie daraus ihren eigenen Judaslohn ziehen, ihre eigene Glückseligkeit auf dem Leid der anderen aufbauen. So auch die vergangenen OSZE Führer wie Herr Lawrow ausführt, allesamt mit ihrem weiteren Führungspersonal mit Leut aus Nato- und NR/EU-Ländern besetzt sind. Bestimmen diese Leut wirklich freiwillig das Tun der OSZE oder sind sie inzwischen so korrumpiert und dadurch erpressbar, dass ihnen gar nichts weiter übrigbleibt als ihr Gewissen für dieses Tun abzulegen? Sieht man das nicht in der zur US-Kolonie heruntergekommenen Neu BRiD genauso beim Führungspersonal? Wurde nicht das ganze Wahlsystem in des deutschen Michels Heimatland von Grund auf so aufgebaut, dass es denen, die ihr Gewissen noch der Wahrheit verpflichten, gar nicht möglich ist, in die Volksvertretungen zu kommen? So kommt es dann zustande, dass die Bundestagswahl nach dem Willen der selbsternannten Herren der Welt ausgerichtet ist und nicht auf dem Willen des deutschen Volks beruht. So kommt es dann auch dazu, dass überall in der Welt, wo der USI noch genug Einfluss hat, jene, die dem Volk tatsächlich dienen würden von der politischen Macht ausgeschlossen werden. Sei es in Frankreich, wo Frau Marine Le Pen, die selbst von der deutschen Opposition völlig falsch als rechtsextrem bezeichnet wird, vor den Kadi gezogen wird, um möglichst an den nächsten Präsidentschaftswahlen nicht teilnehmen zu können, weil sie inzwischen weit über 30% Zustimmung beim Volk hat und das nicht zuletzt wie ich meine, weil sie endlich die französische Verfassung in ihrer Gänze wieder zur Geltung kommen lassen will und nicht wie die anderen vorangegangenen Präsidenten nur die Bestimmungen nutzten, die ihnen zugutekamen und den Rest ausgeblendet haben. Frau Le Pen stellt aber ihr Handeln für Frankreich auf die verbindlichen Grundlagen des Völkerrechts, wodurch es dazu kommen könnte, dass sie Frankreich wie einst de Gaulle wieder aus der aktiven Mitgliedschaft in der Nato herausholen könnte.

Ein weiterer Blick nach Rumänien, wo der Präsidentschaftskandidat Georgescu die meisten Stimmen bei der Wahl erhielt und deshalb bei einer erforderlichen Stichwahl wahrscheinlich den Sieg errungen hätte. Und was geschah? Ein Wink von außen und die rumänische Justiz war in der Spur, die ihr die selbsternannten Herren vorgab. Herr Georgescu wurde vom rumänischen Verfassungsgericht von der Wahl ausgeschlossen wegen angeblicher russischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rumäniens.

Und wie das eben so üblich ist, ob Giftgasfabriken im Irak, ob Flugzeuge in den Türmen des WTC

um hier nur die bekanntesten Lügen anzusprechen, es wird erst einmal in die Welt gesetzt und ist dann schlecht zu widerlegen, was genauso für den nicht erfolgten verfassungsgebenden Kraftakt des deutschen Volks gilt. Angebliche Einmischungen der Russen wofür keine Beweise vorgelegt werden, die eigene Einmischung des Westens in innere Angelegenheiten von anderen Staaten, werden jedoch offen und unverblümt vollführt. Es werden Nichtregierungs Organisationen (NGO) finanziert um diese in die Lage zu versetzen unzufriedene Bevölkerungsschichten mit Gehirnwäsche so zu bearbeiten, dass diese auf die Straße gehen, um mit ihren Protesten die Hinterhältigkeit der Einmischung von außen zu verdecken, so dass diese Proteste durch speziell geschulte Kräfte unterwandert werden und zu Umstürzen führen. So z. B. der [Putsch auf dem Maidan](#) (Kiew) von 2013/14; so z. B. in [Georgien als dort die Regierung NGOs verpflichtet hat zu veröffentlichen wer sie finanziert](#); so z. B. [derzeit in Serbien](#), wo vor allem die Jugend genutzt wird, die mit dem Krieg von 1999 nichts zu tun hatte, um Massenproteste gegen die Regierung anzuzetteln, umso mehr, weil diese Regierung unzufrieden nicht ins NR/EU aufgenommen zu werden, sich inzwischen der [BRICS Gemeinschaft zugewendet](#) hat. So sieht es aus, solange die Macht des Geldes nicht wieder in den Händen der Völker der Welt liegt. Solange kann diese Macht von den selbsternannten Herren der Welt weiter missbraucht werden.

Was aber wenn die neue Führung der OSZE das faschistische Regime in Kiew weiterunterstützen will?

Die [dementsprechende Antwort](#) von Herrn Lawrow ist sehr bezeichnend. Vom Jahr 2014 bis ins Jahr 2022 war die OSZE voll in dem Versuch der Konfliktlösung eingebunden und wie man es leider erfahren musste, war diese Konfliktlösung vom Westen überhaupt nicht geplant, sondern die ganze Handlung war darauf ausgerichtet, das Kiewer Regime genügend aufzurüsten, um die Russische Föderation niederzuringen, was dann ja sogar vom [Merkela und dem ehemaligen französischen Präsidenten Hollande](#) öffentlich kundgetan wurde.

Bis Anfang 2022 hatte das Kiewer Regime aber inzwischen weit über 15000 Menschen in den Gebieten Donezk und Lugansk ermordet und das aufgerüstete Kiewer Regime stand an der Kontaktlinie, um in diese Gebiete einzufallen um die ganze Bevölkerung, die sich als russisch bezeichnete, aus dem Weg zu räumen, wie es das zionistische Regime Israels derzeit in Gaza tut.

In Gaza war eine Waffenruhe vereinbart, sobald aber Trumpi [wieder Bomben und anderes Militärgerät lieferte](#), war es mit der Waffenruhe seitens des zionistischen Regimes vorbei. Und inzwischen ist es soweit, dass das vom Mord und Brandschatzung zerrüttete Volk weiter von Durst und Hunger geplagt, völlig aus Gaza, aus ihrem völkerrechtlich zugebilligten Heimatland verdrängt werden soll, um auch Gaza nach all dem anderen, was seit 1967 vom zionistischen Regime annektiert wurde, in ein Großisrael vom Sinai bis zum Euphrat eingegliedert werden soll.

Deshalb fällt auch gleich wieder der Blick in den [Jemen](#) und nach Syrien. Wo einerseits das US Militär mit Hilfe der Briten bombardiert und andererseits selbst das vom „guten“ IS „befreite“ [Syrien weiter von Israel bombardiert](#) wird um jegliche Infrastruktur für das syrische Leben zu zerstören.

Wer ist dagegen tätig?

Es ist die Russische Föderation in enger Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China und vielen weiteren Staaten des sog. Globalen Südens. Die Völker des Nordens aber sind nach wie vor in einer so tiefen Verblödung verhangen, dass es ihnen nicht gewiss wird, dass ihr eigenes Leben zur Zerstörung anderer Leben genutzt wird und wenn das andere Leben zerstört ist, ihr eigenes Leben an der Reihe ist, was der deutsche Michel nun anfängt immer mehr am eigenen Leib zu spüren.

Es sind nun einmal die Tausend Milliarden neue Schulden nicht für das Leben eingeplant, sondern für Krieg und Zerstörung.

Oh halt, hier klinge ich ja fast, als wenn ich den Angriffskrieg der Russen in der Ukraine leugne, was nach der willkürlich veränderten Regel des § 130 StGB mit Strafe bedroht ist. Und ja, willkürliche Regel, weil ohne das Rechtsstaatsprinzip zu achten, diese Regel verändert wurde, die früher einmal die Strafbarkeit des Kanzelmissbrauchs beinhaltete. Die Kanzel, von denen Deutsche aus wieder den Krieg predigen und die Russen keinen Angriffskrieg führen, sondern einen Verteidigungskampf im vom Westen angezettelten Bruderkrieg, der von einem faschistischen Regime als Stellvertreter geführt wird.

Deswegen möchte ich hier noch auf den russischen Botschafter in Berlin Herrn Netschajew kommen, auf den ich wieder einmal über einen [Artikel bei RT deutsch](#) gestoßen bin. .

Dieser hat das deutsche Leut Will zu einem Gespräch in die russische Botschaft in Berlin eingeladen, eröffnet aber wird das Gespräch von Leut Will mit einem einfachen „Botschafter - Danke, dass sie uns die Gelegenheit für das Gespräch gegeben haben. Keine Exzellenz, wie es in diplomatischer Art gegenüber einem Botschafter eines souveränen Staates zu lauten hätte und noch nicht einmal ein einfaches „Herr“ in der Anrede, dafür aber die Empfangsansprache vom russischen Botschafter Herrn Netschajew verhindert.

Dabei gleich auf die Frage gekommen - Was >>„Deutschland“ für Russland wäre und was die Russen für die Deutschen wären, ob sie Gegner oder Feind wären.

Nach dieser boshafte Frage kann Herr Netschajew zumindest ein „Herzlich Willkommen“ zu diesem Gespräch gegenüber Leut Will ausdrücken. Herzlich Willkommen, wie es diplomatischer Weise für Gegner und Freund zu heißen hat. Aber was meinte Will, ob die Russen Gegner oder Feind wären. Hier stellt sich die Boshaftigkeit dar, denn ein Feind beinhaltet die Gegnerschaft und ich behaupte, dass zumindest die Russen keinerlei Gegner bzw. Feind jener Deutschen sind, die sich dem verbindlichen Völkerrecht verpflichten, was ja nun einmal der Art. 25 des GG verlangt.

Einmal grob überflogen das Gespräch, dann erfährt man von Herrn Netschajew, dass sich die Beziehungen der Russen zu den Deutschen über ein Jahrtausend hinziehen und wenn die Beziehungen gut waren, dann war das nicht nur für die beiden Völker gut, sondern für ganz Europa.

Und ja ganz Europa und nicht das was Leut Will meint, das neue Reich/EU, also im groben Westeuropa, das letztendlich ein Drittel von Europa einnimmt, denn Europa reicht vom Atlantik bis zum Ural und bis zum Bosphorus.

Herr Netschajew kommt auch zu dem Versprechen, besser gesagt auf den Schwur, den unsere Ahnen abgelegt haben, der „Nie wieder Krieg!“ beinhaltete. Dass die Deutschen aber spätestens 1999 wieder voll beim Krieg dabei waren ohne sich irgendeine Schuld zu zu ordnen, das verschwindet aus Leut Wills Gedächtnis und das was der Ex Kanzler [Schröder dazu sagte](#), zählt nichts, da er ja Russenfreund ist.

Es war für das russische Volk eine schwierige Aufgabe, die 27 Millionen Menschen, die der durch die Hitlerfaschisten angetriebene Zweite Weltkrieg der Sowjetunion gekostet hat, zu verkraften, in die Vergangenheit zu setzen, um der Vergebung Raum zu geben, damit die Zukunft für die Völker wieder fruchtbar würde. Wie lautet das jüdische Sprichwort? In der Erinnerung liegt die Vergebung und von mir erweitert, wenn denn die Erinnerung auf Wahrheit beruht.

Seit einigen Jahren bereits sind die Russen als Sieger im Zweiten Weltkrieg und Befreier des KZ Auschwitz von den Feierlichkeiten in Auschwitz ausgeschlossen und dieses Jahr werden sie sogar von den Feierlichkeiten Vorort der letzten Kämpfe ausgeschlossen. Ist das die Erinnerungskultur der Deutschen, die noch nie von den Russen angegriffen wurden, außer wenn diese durch die Deutschen zur Verteidigung gezwungen wurden? Wollen wir einmal aus dem Überflug auf den Boden der Boshaftigkeit von Leut Will runterkommen.

Man unterstütze ein angegriffenes Land, weil es sich verzweifelt versucht zu verteidigen. Gemeint ist das russische Grenzland, also Ukraine. Darauf kommt gleich noch der Hinweis, dass Russland 2014 die Krim und den Donbass annektiert hätte. Annektiert bedeutet, sich angeeignet. Mitnichten, denn die Krim als autonome Republik, zu der sie zu Sowjetzeiten gemacht wurde, hat nichts weiter als mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker durch die Mehrheit der Bürger der Krim ihren Austritt aus dem ukrainischen Verband in den Verband der Russischen Föderation beschlossen und der Donbass war in einer ganz anderen Lage, er wurde bedroht von den Faschisten, die den Maidanputsch Ende 2013 Anfang 2014 vollführt haben, um den Präsidenten Janukowitsch, der nicht mit fliegenden Fahnen nach Westeuropa wollte, von dannen zu jagen.

Wenn Herr Netschajew darauf verlautet, dass die Russische Föderation niemanden annektiert hat und dass es die Willensbekundung der Menschen war, die unter dem Druck der damaligen faschistischen Kiewer Regierung stand. Dass es dazu dann Verhandlungen gab, die in Minsk stattfanden und diese sich sogar auf ein Minsk II erweiterten, davon will Leut Will nichts hören. Dass aber, meint Leut Will, dass sie dieses anders sehe, dass es keine freien Volksentscheide gab, dass die Menschen sich nicht frei äußern konnten und sie hat festgelegt, dass sie die [Genese](#) nicht mit Herrn Netschajew ausdiskutieren wolle. Zweifelsohne wäre ein Gespräch über die Entstehung/Entwicklung des Konflikts im russischen Grenzland ganz und gar nicht im Sinne jener, denen Leut Will augendienst und sie wolle beim Thema bleiben, ob die Deutschen zu recht Angst vor Russland haben. Ausdrücklich, so meint Leut Will, dass sie Herrn Netschajew, gesagt hätte, dass die Deutschen befürchten, dass die Russen angreifen würden. Welch eine Kraft hat Herr Netschajew, dass er all diese Schläge wegsteckt und trotzdem im diplomatischen Rahmen bleibt. Man bemerkt zwar aus seinem Ton einen sehr starken Zorn, der sich aber nicht entlädt, was wiederum aus seinem jahrzehntelangen Dienst für erst das sowjetische und dann das russische Volk im diplomatischen Dienst bezeugt ist. So hat Leut Will gleich am Anfang darauf verwiesen, dass er schon 1972 in der Ostberliner sowjetischen Botschaft gearbeitet hat, was wiederum aufzeigt, dass er einer der Seinen Putins ist, woher diese Befürchtung, antwortet Herr Netschajew, dass das aus einer militärischen Psychose stammt, in die die Deutschen versetzt wurden. Es ist aber nicht nur eine militärische Psychose, sondern es ist die Umerziehung seit 1945. Eine Umerziehung, die dazu gedient hat, den güldenen Westen zu verklären und den armen Osten zu verteufeln. Wenn man es einfach sagt, könnte man dies als Werbung für den Westen darstellen, was aber die Verteufelung des Ostens nicht beinhaltet. Damit ist auch das US amerikanische [Public Relation](#) nicht mehr richtig, sondern um beides zusammenzuführen, ist der Begriff [Propaganda](#) besser. Eine bewusste Beeinflussung der Menschen, für die nun der Begriff [kognitive Kriegsführung](#) benutzt werden sollte, denn es wird Krieg gegen den gesunden Menschenverstand geführt.

Ein mulmiges Gefühl meint Leut Will habe es gehabt, als es in Litauen an der Grenze zum Kaliningrader Gebiet stand, denn von dort aus könnte Russland Berlin angreifen. Das kann es sehr wohl, denn deshalb haben die Russen auch in Kaliningrad Iskander Raketen stationiert, aber nicht aus reiner Kriegslust, sondern weil andererseits schon lange vorher Patriot Systeme in allerlei Ländern zu Russland stationiert sind, aus denen auch die Angriffswaffe Tomahawk abgeschossen werden kann. Aber das will man den Menschen auf keinen Fall beibringen. Außerdem braucht es die Iskander mit ihren 500 km Reichweite nicht unbedingt, denn inzwischen haben die Russen eine 5000 km weit reichende noch schnellere Waffe, die Oreschnik, die Haselnuss, die im Westen auch als Haselnussstrauch/-rute bezeichnet wird.

In Litauen würden an der Grenze zu Kaliningrad Panzersperren die Straßen verrammeln. Ja mein Gott, glauben die Litauer wirklich, dass ihre Panzersperren helfen würden? Helfen würde auf alle Fälle Vernunft und Abrüstung. Aber das ist seitens des Westens nicht zu erwarten, solange die Menschen ihre korrumpierten und erpressbaren Regierungen nicht abschütteln, wozu die Menschen aber zu allererst einen gesunden Menschenverstand bräuchten, den man ihnen aber erfolgreich aus den Köpfen gemeißelt hat.

Herr Netschajew fragt klar, ob wir, die Russen „Deutschland“ mit einem Angriff gedroht hätten? Nun frage ich den deutschen Michel in seiner Gänze, wann die Russen militärisch ins deutsche

Land einrückten? Das lässt sich kurz beantworten, einmal Anfang des 19. Jahrhunderts als man den von den Deutschen unterstützten Kriegsherrn Napoleon aus Russland jagte und dabei die Russen bis nach Paris gezogen sind. Auch damals schon, nicht weil sie Deutschland besetzen wollten, sondern weil sie einen Kriegsherrn ausschalten wollten. Und siehe da, noch nicht mal im WK1 sind sie in die deutschen Länder gekommen. Erst als der nächste Kriegsherr 1941 die Sowjetunion überfiel und 27 Millionen sowjetische Menschenleben auf sein Gewissen geladen hat, haben sie einen Befreiungskampf geführt, der bis in die deutschen Lande führte. Und siehe nochmal da, als es den selbsternannten Herren gewahr wurde, dass die Russen auf dem Weg des Sieges waren, erst dann haben sie die zweite Front im Westen eröffnet, damit die Russen nicht wieder bis Paris kommen. Und wer war als erster aus den deutschen Landen abgerückt? Die sowjetische/russische Besatzungsmacht, die zwar nach wie vor Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland [als Ganzes](#) hat, und das bis zu einem Friedensvertrag, sie aber mit Sicherheit nicht wieder gen Westen ziehen solange sich nicht eine vermeintliche neue deutsche „Wehr“ erdreistet russischen Boden erobern zu wollen.

Und wieder verlässt Leut Will ihren Genese Willen, in dem sie meint, dass es die litauische Kriegschefin gefragt hätte, ob diese wirklich glaube, dass Russland einen Nato Staat angreifen würde und diese antwortet, ob Leut Will geglaubt hätte, dass Russland die Ukraine umfänglich angreifen würde.

Nochmal, welche Kraft muss Herr Netschajew besitzen, um solches boshafte Geschwätz nicht in einen Zornesausbruch ausufern zu lassen.

Russland hat die Ukraine nicht angegriffen, sondern die Russen verteidigen nur ihre Brüder gegen faschistische Kiewer Horden, die vom Westen aufgerüstet wurden, um in Russland die Zustände wie sie in den 1990er Jahren geherrscht haben, wieder herzustellen. Aber wenn man wie Leut Will die wahren Gründe ausblendet, dabei immer wieder darauf zurückkommt, dass die Russen es wären, die kriegslüstern sind, dann ist es klar die Art und Weise der US amerikanischen Propaganda. Es ist egal, über was man spricht, Hauptsache man bringt in seinem Text in jeder Minute dreimal sein eigentliches Anliegen zu Wort, was Leut Will mit der ständigen Wiederholung des angeblichen Angriffskrieg der Russen wohl geschafft hat.

Ach ja, die Aufrüstung „Deutschlands“ und ganz Europas wäre die Antwort auf die russische Aufrüstung. Und warum haben die Russen aufgerüstet? Weil die Nato ihnen auf den Pelz gerückt ist und mit dem geplanten Scheitern der Minsker Vereinbarungen seitens des Westens keine weiteren Verhandlungen möglich waren. Selbst als man 2022 in Istanbul verhandelt hatte, war es dem Westen nicht genehm und schickte den ehemaligen britischen [MP Johnson nach Kiew um den Krieg weiter anzufeuern](#). Dabei meint Leut Will, dass es ja weitere Friedensverhandlungen gegeben habe, wo man die Russen aufforderte die Waffen ruhen zu lassen. Dabei den Blick zurück in die Schweiz nach [Bürgenstock](#). Da gab es tatsächlich solche Verhandlungen, zu denen aber die Russen nicht geladen waren und deswegen die Chinesen nicht anreisten. Und siehe da, bei den Verhandlungen in Bürgenstock wurde versucht den Russen einen Diktatfrieden ähnlich dem wie einst in Brest-Litowsk aufzubürden. Das brauchen sich aber die Russen mit ihrem neuen und vor allem starken Selbstbewusstsein nicht mehr bieten zu lassen.

Und wieder Leut Will – „Deutschland“ und Europa rüsten auf um keinen Krieg zu führen, um abzuschrecken! Abzuschrecken bedeutet, dem Gegner aufzudiktieren, was er sich bieten zu lassen hat. Denn eines sollte klar sein, jedes Kriegsgerät muss genutzt werden, da es ansonsten keinen Profit bringt und dabei das Schneeballsystem des Profits schwächt. Nur die Geschütze, die Millionen von Granaten verschießen, nur Panzer, die ganze Städte zertrümmern, nur Söldner, die Munition nicht sinnlos verschießen, sondern Menschen damit töten, bringen den Kriegstreibern Profit in der dazu entsprechenden Rüstungsindustrie.

Und sehr wohl Leut Will, das ist genau das, was sie augendienend vertreten und gegen jegliches

Völkerrecht verstößt. Überhaupt erst zu fragen, ob die Deutschen Kriegspartei wären oder nicht, ist schon frech. Zum ersten, ist eine jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten seit dem Westfälischen Frieden verboten. Und zum Zweiten weise ich noch einmal auf die [Nicaragua Resolution 562 von 1985](#) hin, in der allein schon das politische Fördern sowie die wirtschaftliche und militärische Unterstützung eines Konflikts zu unterlassen ist.

Und zum Schluss will ich jetzt noch auf die völlige Hilflosigkeit von Leut Will kommen, als sie Herrn Netschajew fragt, welche deutsche Infrastruktur die Russen angreifen würde. Und es meint, was z. B. auf dem Boden der Ostsee passiert ohne weiter auszuführen. Und es sei über die Ostsee nach Litauen gefahren und es wisse, dass es dort die sog. Schattenflotte gebe. Welche Hilflosigkeit, die wahrscheinlich darauf beruht, dass ihre Notizen oder der Teleprompter nicht auf die Frage von Herrn Netschajew vorbereitet war. Welche Infrastruktur ist tatsächlich angegriffen worden? Die russische Energieversorgungsstruktur. Drei Leitungen der Gasleitungen Nord Stream wurden gesprengt und die vierte bleibt unbeschadet und das wahrscheinlich nur, weil der dort angebrachte Sprengsatz nicht funktioniert hat. Inoffiziell [ist klar, wer die Sprengung befohlen hat](#), hat doch Biden 2022 schon als Scholz neben ihm im Weißen Haus stand, gemeint, dass es sich mit Nord Stream 2 erledigt hätte.

So sieht es aus, wenn von entsprechenden augendienende Deutschen über Völkerrecht geschwafelt wird.

So möchte ich hier gleich noch mal nachhaken und zwar bei dem an der vordersten Front arbeitenden [Herrn Florian Warweg, Vorderster Front die Pressekonferenzen](#) bei den Sprechern der bundesdeutschen Regierung.

Da fordert doch das Leut Kos von der EU Kommission die Absetzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Serbiens Herrn Vulin, weil er verlauten ließ, dass wenn Serbien vom neune Reich/EU nicht aufgenommen werde, es sich in Richtung BRICS wenden würde. Das ist mit Sicherheit eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten, weswegen Herr Warweg wissen wollte, was der Sprecher des Bridlerischen Außenchefs Leut Wagner dazu zu sagen hat. Dieser hatte wieder einmal keine Ahnung und hat deswegen die Äußerung nicht kommentiert. Wobei Herr Warweg nicht locker lässt und genauer auf die Sache eingeht und Leut Wagner meinte, dass man dies als Meinungsäußerung werten könnte. Meinungsäußerung wie gegen die georgische Regierung, wie gegen die Malawier in Transnistrien und Gagausien, wie gegen den rumänischen Präsidentschaftskandidaten Georgescu usw. usf.

Und zur [nächsten Pressekonferenz](#), wo es noch etwas haariger wird mit Herrn Warweg. Da hat doch das Leut Baerbock aus ihrer Arbeitsstelle heraus vermeint, dass man weder Einladung der Russen zum Feiertag deren Sieges über die Hitlerfaschisten folgen sollte, noch diese zu eigenen Feiern dazu einladen sollte.

Herr Warweg fragt nun den Außenchefsprecher Leut Wagner, auf welcher **Rechtsgrundlage** das geschehen wäre. oh habe ich da in mich hineingefeiert und es hat ein ganzes Stück gedauert bis Leut Wagner auf den Dreh kam, dass dies auf der Grundlage des **Hausrechts** geschehen wäre und dabei immer wieder den angeblichen russischen Angriffskrieg in den Ring holte. Worauf beruht das Hausrecht der Deutschen? Doch nur auf einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage, die dem Rechtsstaatsprinzip entspricht. Ohne eine solche Rechtsgrundlage wird jedes Hausrecht zur Anarchie, zur Willkür, zum Recht des Stärkeren über den Schwächeren. Genau das müsste von der ehrlich und aufrichtigen deutschen Opposition Herrn Warweg als Nachschub geliefert werden. Solange das aber nicht geschieht, ist Herr Warweg an vorderster Front nur auf sich allein gestellt und dazu verdammt, keinen Sieg einfahren zu können.

Ja deutscher Michel, du musst kriegstüchtig werden, wie es dich Leut Pistolius immer wieder wissen lässt, denn ansonsten ist es aus mit dir, wenn die Russen kommen und das war 1945 schon einmal und man hatte alle Hände voll zu tun Deutsche und andere vor der russischen Herrschaft zu bewahren. Mörderische Anstrengung dazu gab es bei Königsberg in [Palmnicken](#), wo man versucht hatte bis zu 12000 jüdische Frauen vor der russischen Herrschaft in ewige Sicherheit zu bringen.

Und weiter ging es überall im deutschen Kernland, mit dem von den Anglo-Amerikanern angefachten Feuersturm, bis man ihn dann ausgeklügelt wie er war am [13., 14. und 15.2.1945 in Dresden](#) , am [5.3.1945 in Chemnitz](#) und am [10. zum 11.4.1945 in Plauen](#) zum mörderischen Schutz von deutschen Migranten aus dem Osten entfachte, denn was für ein erbärmliches Leben hätten ansonsten die vor den Sowjets geflüchteten Deutschen unter sowjetischer Herrschaft haben müssen.

Nur gut, dass es nun den Black Rocker Com.Merz gibt, der die Russen mit dem Taurus auf Distanz halten will. Aber hat der Black Rocker den Russen richtig eingeschätzt? Wird dieser nicht den Nachfahr vom rotpelzigen Nimrod, den Weihnachtsmann mit seiner Haselnussrute schicken um dir deutscher Michel den Arsch zu versohlen? Nein Michel, der Russe kommt nicht selbst. Er hat vom Westen gelernt, er schickt den Stellvertreter. Vielleicht solltest du Michel darüber noch einmal nachdenken, wobei du bei [RT deutsch](#), [chinesische Staatszeitung](#), [chinesische Netzzeitung](#), [Amerika21](#), [Nachdenkseiten](#), [Overton-Magazin](#), [Antispiegel](#) und [IRNA](#) Hilfe findest.

Olaf Thomas Opelt

[Staatsrechtlicher Bürger der DDR](#)

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[Bundvfd.de](#)